

dem, bestätigte *Dietmar Bartsch* und gab gleichzeitig zu bedenken, eine demokratisch verfasste Partei bedeute auch, dass Leitungen initiativ werden. Wie organisieren wir demokratische Meinungsbildungsprozesse so, fragte *Judith Dellheim*, damit die Partei als Ganzes effektiver arbeiten kann? Selbstkritisch sei festzustellen, dass der Vorstand offenbar Kommunikation verkürzt bzw. abgebrochen hat. Weg von der Frage ‚Ob Parteireform‘, hin zur Frage ‚Wie Parteireform‘, erwartet *Petra Pau*. Wir müssten intensiver darüber nachdenken, wie die PDS mit tendenziell sinkenden personellen Möglichkeiten eine bessere Ansprechpartnerin sein könne. Ausführlicher ging *Uwe Hobler* auf Immobilienfragen, insbesondere zum Erfurter Haus „Rotdorn“, ein. Er bedauerte, dass der Informationsfluss nicht ausreichend gewesen sei und dass zum Verkauf von „Rotdorn“ das Verständnis in Erfurt nicht bei allen Genossinnen und Genossen erzeugt werden konnte.

Das „Problem Rotdorn“ sei nur Erscheinung eines Problems, meinte *Jürgen Spilling* und äußerte den Eindruck, dass es kein Interesse gab, Entscheidungen mit der (Erfurter) Basis zu treffen. Es gab – verstärkt durch Turbulenzen um Entscheidungen in der Partei – nicht das Gefühl, dass wir ernst genommen werden. Mehr dafür zu tun, geschwundenes Vertrauen zurückzuholen, erwartet *Lothar Adler* vom Parteivorstand. Und *Eberhard Redlich* von der Basisorganisation Moskauer Platz drückte die Erwartung einer ausführlichen, offenen Beantwortung der in der Vorlage formulierten Fragen aus: Unser Eindruck muss sein: Wir bekommen Antwort. Dies sicherte abschließend *Dietmar Bartsch* zu. Der Vorstand griff die Anregung der Erfurter auf, sich demnächst mit Fragen des Vermögens der Partei zu befassen.

Beschlossen wurde (bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen) die Ausschreibung der Stelle „Mitarbeiter/in für Gewerkschaftspolitik“ in der Bundesgeschäftsstelle der PDS.

Zu Fragen der **Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik** lag dem Vorstand ein Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Antirassismus, Flüchtlinge und ImmigrantInnen (siehe Seite 10) vor. *Petra Pau* informierte über vielfältige Debatten zum Thema an der Basis, in der Bundestagsfraktion und in der Bundesarbeitsgemeinschaft. Neben Interesse würden sich in Veranstaltungen viel Unwissenheit und somit großer Aufklärungsbedarf zeigen. Die PDS halte fest an der Forderung „Offene Grenzen für Menschen in Not“ und trete weiter ein für ein individuelles Recht auf Einwande-

rung, das heißt auch für Menschen ohne Not. Das Recht auf Einwanderung dürfe kein von der Wirtschaft diktiertem staatlicher Gnadenakt mit Quoten sein, sondern müsse einklagbar sein entsprechend klar definierter Kriterien.

Zu eben solchen Kriterien beziehungsweise der Ausarbeitung solcher Kriterien meldeten *Sahra Wagenknecht* und *Sylvia-Yvonne Kaufmann* erheblichen Dissens an: Wo, fragte *Sylvia-Yvonne Kaufmann*, fangen Restriktionen an? Und: Ist die PDS in der Lage, Kriterien zu erarbeiten, die ihren Wertevorstellungen entsprechen?

Keine Regelung aufzustellen ist nach Auffassung von *Rouzbeh Taheri* („auch wenn es hart klingt“) Feigheit. Völlige Freizügigkeit sei nicht praktikierbar. Einwanderung ohne jedes Recht finde täglich statt, weswegen jede Regelung einen Fortschritt bedeute. Ähnlich äußerten sich *Christian Schwarzenholz* (Das Papier sei ein qualitativer Sprung...), *Edda Seifert*, *Dietmar Bartsch* und *Helmut Holter*: Programmatische Debatte dürfe, so *Helmut Holter*, nicht mit praktischer Politik verwechselt werden. Kriterien seien nötig, wolle sich die PDS an der gesellschaftlichen Debatte beteiligen. Unsere Aufgabe sei es, unterstrich *Dietmar Bartsch*, aufzuklären, und dafür seien die von der AG vorgelegten Positionen hilfreich.

Der Parteivorstand sprach sich einstimmig dafür aus, dass sich die PDS in die gesellschaftliche Debatte zur Einwanderungspolitik einbringt. Ferner beschloss der Vorstand (bei zwei Gegenstimmen), die von der AG vorgelegten Positionen zur Kenntnis zu nehmen und als Grundlage der weiteren Arbeit zu bestätigen.

Außerdem wurde einstimmig die Bil-

dung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der Bundestagsfraktion beschlossen, deren personelle Zusammensetzung die Erörterung des Themas im Kontext mit folgenden Politikfeldern ermöglicht: Europapolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Migrations- und Flüchtlingspolitik, Innenpolitik, Bildungspolitik, Menschenrechte. Für den Vorstand werden *Petra Pau* und *Rouzbeh Taheri* in der Arbeitsgruppe aktiv sein.

Der Parteivorstand bestätigte nach Diskussion einstimmig die Konzeption für die **Konferenz zu Organisations-, Struktur- und Finanzfragen** (wird im *Presse-dienst veröffentlicht*) am 30. Juni 2001 in Magdeburg.

Die Einrichtung einer **Projektgruppe „Cultural Events“** wurde (bei vier Enthaltungen) beschlossen. „Die Projektgruppe soll im Wahlkampf und auch außerhalb und vor Wahlkämpfen helfen, öffentliche Ereignisse, Kulturveranstaltungen... zentral und vor allem dezentral anzuregen, exemplarisch durchzuführen und entsprechend auch mit Kulturverantwortlichen der Parteigliederungen nachahmenswert zu gestalten. Besonderer Schwerpunkt wird auf die Unterstützung der westlichen Landesverbände gelegt. Zu ihrer Aufgabenstellung zählt des Weiteren die Pflege von Künstlerkontakten und der mittelfristige Aufbau einer Künstler-Adrema.“

Einstimmig beschloss der Parteivorstand, die Durchführung der **3. Behindertenpolitischen Konferenz** der PDS (13./14. Oktober 2001 in Erkner bei Berlin) zu unterstützen und dafür 6.000 DM zur Verfügung zu stellen.

Stefan Richter □

am
19.03.01

Politische Position bleibt unverändert

Erklärung des Parteivorstandes vom 19. März

Der Parteivorstand der PDS hatte sich seit April 2000 mehrfach zu den politischen Auseinandersetzungen im Hamburger Landesverband verhalten und erklärt:

- 1) Die aktive politische Unterstützung gilt jenen Genossinnen und Genossen des Landesverbandes, die sich gegen die undemokratischen Praktiken der studentischen Gruppe „Links“ in der PDS wehren und für einen politisch wirksamen Landesverband Hamburg streiten.
- 2) Eine Zusammenarbeit mit den PDS-Mitgliedern der Gruppe „Links“ ist seitens des Parteivorstandes ausgeschlossen, da deren Agieren gegen eine demo-

kratische Willensbildung in der Hamburger PDS und gegen die weitere Entwicklung der PDS zur bundesweiten demokratischen sozialistischen Partei gerichtet ist.

Es gibt für den Parteivorstand der PDS keinerlei Anlass, von dieser Position abzurücken. Das bedeutet keineswegs, das am 1.3. 2001 vom Landgericht Hamburg verkündete Urteil, ungeachtet juristischer Wertungen, zu ignorieren. Vielmehr gehtes darum, die politische Standortbestimmung zu bekräftigen, von der ausgehend auch weiterhin um PDS-Politik in Hamburg und um die Erneuerung der Gesamtpartei gerungen wird. □